

Pegida im „Tal der Ahnungslosen“. Demokratievorstellungen der Bürger in Dresden, in Düsseldorf und unter Teilnehmern des Pegida-Protests

Karl-Heinz Reuband

Pegida („Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“) entstand in Dresden, und nur dort hat sich die Bewegung mit einem Dauerprotest etabliert. In der Zeit ihrer Hochphase – zu Beginn des Jahres 2015 – vermochte sie zwischen 17.000 und 25.000 Menschen zu mobilisieren. Der Niedergang, der wenig später einsetzte und von vielen Beobachtern als Zeichen eines baldigen Pegida-Endes gedeutet wurde, währte nicht lange. Eine erneute Mobilisierungswelle setzte vielmehr im Gefolge der Flüchtlingswelle ein und vermochte im Herbst 2015 – beim einjährigen Jubiläum von Pegida – zwischen 15.000 und 20.000 Menschen zu vereinen. Seitdem sind die Zahlen zwar wieder gefallen und haben sich auf einem niedrigeren Niveau eingependelt, aber die Zahl der Teilnehmer ist nach wie vor nennenswert. Selbst heutzutage, wo sich an anderen Orten der Bundesrepublik die lokalen Pegida-Ableger längst wieder aufgelöst haben, sind es mehr als 1.000 Menschen, die sich (nahezu) jeden Montag zum Protest versammeln. Bei der Jubiläumsveranstaltung zum dreijährigen Bestehen am 28. Oktober 2017 vermochte Pegida sogar noch zwischen 2.200 und 2.800 Menschen zu mobilisieren.¹

Was macht gerade Dresden zum Ort des Pegida-Geschehens? Was begründet die Etablierung des Protests an diesem Ort, und warum konnte er sich dort so lange halten? Es hat nicht an Stimmen gefehlt, die Pegida als ein Dresden-spezifisches Phänomen erklärten und als ein Zeichen dort weit verbreiteter xenophober Orientierungen und Demokratiefeindlichkeit. Für viele Beobachter ist die Stadt für derartige Protestbewegungen geradezu prädestiniert, galt sie doch zu DDR-Zeiten als „Tal der Ahnungslosen“: Abgeschnitten vom Westfernsehen konnten die Bürger lediglich das Ostfernsehen empfangen. Und dementsprechend, so die Interpretation, hätten sich dort auch am stärksten demokratiefeindliche Orientierungen gehalten.

So äußerte zum Beispiel *Heinrich August Winkler* in einem Interview die Meinung, dass der fehlende Zugang zum Westfernsehen bis heute nachwirke und eine Ursache sei für den Zulauf zu Pegida. Die Bewegung knüpfe an die Ressentiments und Vorbehalte der Deutschen gegenüber der westlichen Demokratie zu Beginn des 20. Jahrhunderts an.² Ähnlich der Historiker *Wolfgang Wippermann*, der – mit Akzentuierung auf Rechtskonservatismus und über Dresden hinaus generalisierend – meinte: „Sachsen und Dresden, einst das ‚Tal der Ahnungslosen‘, ist eine Art Kühlschranks der Ex-DDR: Hier haben sich alte Vorurteile

- 1 Lange Zeit wurde die Zahl der Teilnehmer systematisch durch die Gruppe „Durchgezählt“ ermittelt, inzwischen geschieht dies nur noch sporadisch. Zu einer Übersicht siehe <http://durchgezählt.org>. Zu den Zahlen beim Jahresjubiläum 2017 siehe <https://twitter.com.durchgezählt> (Abruf am 17. November 2017).
- 2 Vgl. *Heinrich August Winkler*, „Tal der Ahnungslosen“. Historiker: Fehlendes Westfernsehen Grund für Pegida-Zulauf, in: Focus online vom 17. Januar 2015, http://www.focus.de/politik/deutschland/tal-der-ahnungslosen-historiker-fehlendes-westfernsehen-grund-fuer-pegida-zulauf_id_4412465.html (Abruf am 17. November 2017).

und ein kleinbürgerliches, rechtskonservatives Biotop länger frisch gehalten als anderswo.³ Im Tenor vergleichbar andere Autoren und Beobachter: Die Region hätte die Zeit als „Tal der Ahnungslosen“ bis heute nicht überwunden, es fehle an Demokraten.⁴ Viele Vorstellungen, wie die eines sorgenden, sich kümmernden Staates, hätten sich erhalten und würden von Pegida bedient.⁵

Doch wie sehr kann man davon sprechen, dass die Dresdner in der Frage der Demokratieorientierungen eine Sonderstellung einnehmen? Wie sehr unterscheiden sie sich von den Bürgern in den alten Bundesländern? Und gibt es tatsächlich eine gerade Linie, die zu Pegida und den Pegida-Protesten führt? Informationen aus Pegida-Umfragen, die dazu Aussagen erlauben, sind spärlich. Die bisherigen Studien beschränkten sich darauf, die Bewertung der Demokratie als Idee oder als Institution zu ermitteln. Danach ist die Mehrheit der Pegida-Teilnehmer Anhänger der Demokratie: In der Untersuchung von *Dieter Rucht* u.a. sprachen sich 86 Prozent sehr oder ziemlich für sie aus⁶, in der Studie von *Werner J. Patzelt* sahen – je nach Erhebung – zwischen 70 und 78 Prozent die Demokratie alles in allem als etwas „Vorteilhaftes“⁷; und in der Untersuchung des Göttinger Instituts für Demokratieforschung waren es – je nach Erhebung – zwischen 63 und 79 Prozent, die mit der Idee der „Demokratie im Allgemeinen“ sehr oder eher zufrieden waren. Würde man die Kategorie „teils-teils“ dazurechnen, würde der Anteil noch weiter steigen.⁸

Die Einstellungen der Bundesbürger zur Demokratie weichen in den Größenverhältnissen davon kaum ab. So bezeichneten in einer forsa-Erhebung von Mai 2016 88 Prozent der Deutschen die Idee der Demokratie als gut. Unter den Westdeutschen waren 89 Prozent

- 3 Zitiert nach „Nur in Dresden sind sie stark. Hat Pegida schon fertig?“, in: Bild online vom 6. Januar 2015, <http://www.bild.de/politik/inland/pegida/in-dresden-immer-grosser-sonst-schon-am-ende-39221246.bild.html> (Abruf am 17. November 2017).
- 4 Vgl. *Harald Stutte*, Ausländer-Hass. Sachsen, jetzt reicht's langsam!, in: Hamburger Morgenpost online vom 22. Februar 2016, <http://www.mopo.de/hamburg/politik/auslaender-hass-sachsen-jetzt-reicht-s-langsam---23610966> (Abruf am 17. November 2017)
- 5 Vgl. *Dorothee Barsch*, Einfache Antworten auf ein komplexes System – Die neue Rechte und die Frauen in Sachsen, 21. Oktober 2015, <http://www.gwi-boell.de/de/2015/10/21/einfache-antworten-auf-ein-komplexes-system-die-neue-rechte-und-die-frauen-sachsen> (Abruf am 2. Februar 2017).
- 6 Vgl. *Dieter Rucht* u.a., Protestforschung am Limit. Eine soziologische Annäherung an Pegida, 28. Januar 2015, <https://www.wzb.eu/de/pressemitteilung/untersuchung-zur-dresdner-pegida-demonstration> (Abruf am 17. November 2017), S. 23.
- 7 *Werner J. Patzelt*, Wer sind und wie denken die Pegidianer?, in: *ders.* / *Joachim Klose*, PEGIDA. Warnsignale aus Dresden, Dresden 2016, S. 187 ff. Vgl. auch den Beitrag in diesem Heft der ZParl.
- 8 Vgl. *Lars Geiges* / *Stine Marg* / *Franz Walter*, PEGIDA. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft, Bielefeld 2015; *Florian Finkbeiner* / *Julian Schmeke* / *Katharina Trittel* / *Christopher Schmitz* / *Stine Marg*, Pegida: Aktuelle Forschungsergebnisse, 31. Januar 2016, <http://www.demokratie-goettingen.de/blog/pegida-2016-studie> (Abruf am 29. Februar 2016). Im Zeitverlauf ist dieser Untersuchung zufolge der Akzeptanzwert gesunken von 78 Prozent im Januar 2015 auf 63 Prozent im Dezember 2015 (einschließlich „teils-teils“ im Dezember 2015: 79 Prozent). Weil die Dezember-Erhebung methodisch anders durchgeführt wurde (schriftlich-postalisch vs. online) und sozial anders zusammengesetzt ist, fällt es schwer, daraus einen Wandel in der Zusammensetzung oder der Orientierung der Teilnehmer abzuleiten. Darauf, dass ein Rückgang in der Akzeptanz nicht auszuschließen ist, deuten andererseits die Befunde von *Werner J. Patzelt* hin, der sich eher auf eine vergleichbare Vorgehensweise stützt.

dieser Meinung, unter den Ostdeutschen 81 Prozent.⁹ Doch was jeweils unter dem Begriff der Demokratie verstanden wurde, blieb in dieser wie in den anderen Untersuchungen ungeklärt. Aus diesem Grund ist nicht ausgeschlossen, dass es weniger Gemeinsamkeiten zwischen den Pegida-Anhängern und der Bevölkerung – insbesondere Westdeutschlands – geben könnte, als es auf den ersten Blick scheint. Die Vorstellungen über das, was eine Demokratie konstituiert, könnten sich unterscheiden, das Demokratieverständnis ein grundlegend anderes sein. So beanspruchte auch die DDR, eine Demokratie zu sein – nur dass hierbei der Begriff der Demokratie auf soziale und ökonomische Gleichheit, soziale Absicherung und soziale Gerechtigkeit ausgerichtet war und nicht auf politisch so essentielle Elemente wie freie und geheime Wahlen, Parteienpluralismus, Gewaltenteilung sowie Meinungs- und Pressefreiheit.¹⁰

Dass in Ost- und Westdeutschland unterschiedliche Erwartungen an die Aufgabenerfüllung des Staates gerichtet waren, ergaben bereits die ersten Umfragen, die nach der Wende durchgeführt wurden.¹¹ Auch zeigt sich dies in den Vorstellungen der Bürger darüber, was zu den grundlegenden Elementen einer Demokratie gehört. Auf die Frage, was „unbedingt“ zu einer Demokratie dazugehört, gaben in Umfragen des Instituts für Demoskopie (anhand einer Listenvorgabe) im Jahr 1990 61 Prozent der Ostdeutschen an, dass niemand Not leiden müsse. Unter den Westdeutschen waren lediglich 50 Prozent dieser Meinung.¹²

Die Untersuchungen des Instituts für Demoskopie belegten allerdings auch, dass die Wertschätzung im Zeitverlauf nicht konstant bleiben muss. So waren in einer Erhebung aus dem Jahr 2000, die Unterschiede zwischen den Ost- und Westdeutschen in der Bewertung des Merkmals „Freiheit von Not“ im Vergleich zu 1990 geschrumpft. Die

- 9 Vgl. „Zustimmung für Demokratie sinkt“, in: Der Tagesspiegel online vom 3. Mai 2016, <http://www.tagesspiegel.de/politik/forsa-umfrage-zustimmung-fuer-demokratie-sinkt/13535554.html> (Abruf am 17. November 2017). Einer neueren (Telefon-)Umfrage in Chemnitz zufolge stimmten 89 Prozent der Bürger dem Satz zu: „Ich halte die Demokratie im Allgemeinen für eine sehr gute Idee“ (vgl. *Susanne Rippel*, Pegida und Co. – Erste Ergebnisse einer Telefonumfrage in Chemnitz. Erklärungsansätze und erste Befunde, Forschungsbericht: Technische Universität Chemnitz, Institut für Soziologie, Chemnitz 2016, <https://www.researchgate.net/publication/303944340> (Abruf am 17. November 2017), S. 16). Eine Zeitreihe zur Frage, ob die „Demokratie, die wir in der Bundesrepublik haben, die beste Staatsform [ist] oder gibt es andere Staatsformen, die besser sind?“ erbringt für die Westdeutschen im Zeitraum zwischen 1967 und 2009 für die Aussage „beste Staatsform“ in der Regel Werte zwischen 70 und 80 Prozent. Unter den Ostdeutschen liegen die Werte hingegen beträchtlich niedriger, im Jahr 2009 zum Beispiel bei 36 Prozent, während sich bei den Westdeutschen die Zahl auf 76 Prozent belief (vgl. *Renate Köcher*, Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 2003–2009, Berlin 2009, S. 110). Es ist nicht anzunehmen, dass sich seit 2009 die Verhältnisse so grundlegend geändert haben, um den oben genannten Wert zu bedingen. Die Fragen setzten vielmehr etwas unterschiedliche Akzente (Demokratie als Idee vs. Verwirklichung in der Bundesrepublik).
- 10 Rein formal gesehen, in der öffentlichen Darstellung, galten Parteienpluralismus, freie und geheime Wahlen etc. auch in der DDR als existent. In der Praxis jedoch verhielt es sich anders. Wenn von sozialistischer Demokratie die Rede war, wurden eher die materiellen Aspekte der Absicherung etc. hervorgehoben.
- 11 Vgl. *Everhard Holtmann | Oscar W. Gabriel | Jürgen Maier | Michaela Maier | Tobias Jaeck | Melanie Leidecker*, Deutschland 2014. 25 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit – Ergebnisse eines Forschungsprojekts, Berlin 2015, S. 124 ff.
- 12 Vgl. *Elisabeth Noelle-Neumann | Renate Köcher*, Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1998–2002 München 2002, S. 597.

Ostdeutschen hatten sich den Westdeutschen angenähert. Ebenfalls zeigte sich, dass die Westdeutschen 1978 ähnlich häufig wie die Ostdeutschen im Jahr 1990 die Freiheit von Not als ein wesentliches Merkmal der Demokratie bezeichnet hatten.¹³

Doch so sehr auch zwischenzeitlich eine Annäherung zwischen Ost und West stattgefunden hatte – sie muss auf Dauer nicht bestehen bleiben oder sich fortentwickeln. So finden sich 2009 nahezu die gleichen Verhältnisse wieder wie im Jahr 2000. Die Ostdeutschen waren wieder auf ihr altes Muster zurückgefallen und bezeichneten die Freiheit von Not ähnlich häufig als wesentliches Merkmal der Demokratie, wie sie es 1990 getan hatten. Auch bei anderen Nennungen findet sich in dieser Zeit eine Rückkehr zu früheren Zeiten – nicht nur in Bezug auf soziale oder ökonomische Merkmale, sondern ebenso hinsichtlich politischer Grundrechte oder Parteienpluralismus etc.¹⁴ Die Einstellungen zur Demokratie erwiesen sich damit als weniger stabil, als man es unter der Annahme einer Angleichung der beiden Landesteile hätte erwarten können.¹⁵

Im Folgenden soll der Frage der Demokratieorientierungen der Dresdner und der Pegida-Kundgebungsteilnehmer nachgegangen werden, unter Berücksichtigung der Orientierungen, wie sie in westdeutschen Städten anzutreffen sind. Zu diesem Zweck werden repräsentative Bevölkerungsumfragen aus Dresden und Düsseldorf herangezogen, die in den Jahren 1998 (Dresden) und 2000 (Dresden / Düsseldorf) durchgeführt wurden. Des Weiteren werden unsere Umfragen unter Pegida-Anhängern berücksichtigt, die auf Kundgebungen im Dezember 2015 und Februar 2016 stattfanden.

Die Städte Dresden und Düsseldorf haben, was ihre grundlegenden sozialen Charakteristika und ihre politische Bedeutung angeht, viele Gemeinsamkeiten: Sie haben in etwa die gleiche Einwohnerzahl, sind in ihrer Region wirtschaftlich überproportional erfolgreich und stellen die Landeshauptstadt des jeweiligen Bundeslandes dar.¹⁶ Anders als in Dresden etablierte sich in Düsseldorf jedoch kein lokaler Pegida-Ableger. Die Zahl der Demonstranten war von Anfang an klein und schrumpfte schnell auf einige wenige Teilnehmer (auf weniger als 50 Personen), „Dügida“ löste sich alsbald auf. Wenn Dresden-spezifische (oder ostdeutsche) Besonderheiten in den Demokratieorientierungen existieren und diese den Erfolg der Dresdner Pegida erklären sollten, müssten sie sich bei diesem Vergleich abbilden. Dass die Erhebungen in der Dresdner und Düsseldorfer Bevölkerung nicht aus derselben

13 Vgl. ebenda.

14 Die Westdeutschen nannten 2009 zu 48 Prozent „Dass niemand Not leiden muss“, die Ostdeutschen zu 62 Prozent. Dass man zwischen mehreren Parteien wählen kann, meinten 85 Prozent der Westdeutschen und 78 Prozent der Ostdeutschen. Und dass regelmäßig freie und geheime Wahlen stattfinden, meinten 84 Prozent der Westdeutschen und 67 Prozent der Ostdeutschen (vgl. *Renate Köcher*, a.a.O. (Fn. 9), S. 119).

15 Dies belegen auch andere Fragen, mit denen global die Unterstützung der Demokratie erfasst wurde (vgl. *Everhard Holtmann* u.a., a.a.O. (Fn. 11), S. 191 ff.). Von der globalen Bewertung der Demokratie zu trennen ist die konkrete Zufriedenheit mit der Demokratie, so wie sie praktiziert wird (vgl. *Dieter Fuchs*, Einstellungen zu Demokratie und Sozialstaat, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Datenreport 2013. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2013, S. 370 – 376). Hier sind die Ausschläge im Zeitvergleich weitaus größer. Vermutlich wirken diese – in abgeschwächter Form – auf die globale Bewertung der Demokratie und die Bewertung ihrer Einzelelemente zurück.

16 Unterschiede bestehen in dem Anteil der Ausländer in der Bevölkerung. Dieser ist in Düsseldorf höher, lag im Jahr 2000 bei 17 Prozent, 2014 bei 19 Prozent, in Dresden im Jahr 2014 bei fünf Prozent.

Zeit wie die Pegida-Erhebung stammen, ist bedauerlich, aber kein Nachteil für die Analyse, denn wenn es darum geht, die historisch geprägten Bedingungen zu bestimmen, die der Entstehung und Etablierung von Pegida vorangingen und sie erklären können, ist gerade der Rückgriff auf frühere Jahre von Bedeutung. Wenn es eine Dresden-spezifische Prägung gibt, die aus der Zeit der DDR herrührt und sich in Pegida widerspiegelt, müsste sich dies besonders in der Frühzeit zeigen.

1. Methodisches Vorgehen

Empirische Grundlage der Bevölkerungsumfragen in Dresden und Düsseldorf sind Randomstichproben aus dem Einwohnermelderegister von Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, 18 Jahre und älter. In den Erhebungen von 2000 wurden die Stichproben direkt aus dem Register gezogen, in der Dresdner Erhebung von 1998 geschah dies indirekt über das (kurz zuvor erschienene) Adressbuch der Stadt. Dieses stützte sich auf das Einwohnermelderegister und umfasste – von wenigen Ausnahmen abgesehen – alle Bürger 18 Jahre und älter. Zusätzlich wurden in die Erhebung von 1998 die Mitglieder eines Panels einbezogen, das auf der Grundlage Dresdner Repräsentativerhebungen der Jahre 1995 und 1996 entstanden war. Den Ausgangspunkt bildete hier ursprünglich ebenfalls eine Randomstichprobe aus dem Einwohnermelderegister der Stadt.¹⁷ 60 Prozent der Befragten in der Erhebung von 1998 entfallen auf das Panel, 40 Prozent auf die Adressbuchstichprobe. Da sich die Befragten in den beiden Substichproben in der hier zentralen Frage der Demokratievorstellungen nicht unterscheiden, wird im Folgenden die Gesamterhebung der Analyse zugrunde gelegt.

Die Bevölkerungsumfragen wurden schriftlich-postalisch in Anlehnung an die Empfehlungen von *Don Dillman* und deutsche Erfahrungen durchgeführt.¹⁸ Schriftlich-postalische Befragungen haben den Vorteil, soziale Erwünschtheitseffekte in Befragungen zu minimieren, sensible Daten werden eher angegeben als in persönlichen face-to-face oder telefonischen Befragungen.¹⁹ Die üblicherweise dem Verfahren zugeschriebenen Nachteile – wie geringe Ausschöpfungsquoten etc. – gelten nicht, wenn man die Umfragen den methodischen Standards gemäß durchführt. Man kann im Gegenteil Ausschöpfungsquoten erreichen, die denen von persönlichen und telefonischen Befragungen überlegen sind.²⁰

Während die Erhebung von 1998 vom Institut für Soziologie der TU Dresden aus durchgeführt wurde, wurde die 2000er Erhebung vom Institut für Sozialwissenschaften der

17 Vgl. *Karl-Heinz Reuband*, Panelmortalität in postalischen Erhebungen und soziale Zusammensetzung der Befragten. Ergebnisse einer allgemeinen Bevölkerungsumfrage, in: *Planung und Analyse*, Heft 3, 1998, S. 16 – 21.

18 Vgl. *Don Dillman*, *Mail and Internet Surveys. The Tailored Design Method*, New York 2000; *Karl-Heinz Reuband*, Schriftlich-postalische Befragungen, in: *Nina Baur / Jörg Blasius* (Hrsg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*, Wiesbaden 2014, S. 643 – 660.

19 Vgl. *Roger Tourangeau / Lance J. Rips / Kenneth A. Rasinski*, *The Psychology of Survey Response*, Cambridge 2000.

20 Vgl. *Karl-Heinz Reuband*, a.a.O. (Fn 18); *ders.*, Ausschöpfung und Nonresponse Bias in postalischen Befragungen. Der Stellenwert von Incentives, Fragebogenlänge und Anonymität der Fragenadministration, in: *Jürgen Schupp / Christoph Wolf* (Hrsg.), *Nonresponse Bias: Qualitätssicherung sozialwissenschaftlicher Umfragen*, Wiesbaden 2015, S. 203 – 245.

Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf organisiert.²¹ Die Fragebögen umfassten jeweils elf Seiten, in der 2000er Erhebung wurde in Düsseldorf in Unterstichproben zum Teil auch ein kürzerer Fragebogen eingesetzt, der ebenfalls die hier interessierenden Fragen enthielt.²² Die Zahl der Befragten in Dresden betrug 1998 1.212 Personen (einschließlich Panelmitglieder) und in der Erhebung aus dem Jahr 2000 837 Personen. Die Düsseldorfer Befragung von 2000 umfasste 1.115 Personen.²³

Die Pegida-Erhebungen fanden am 14. Dezember 2015 und am 6. Februar 2016 statt. Es handelte sich zum einen um eine Kundgebung an dem damals üblichen Veranstaltungsort – dem Theaterplatz nahe der Semperoper –, zum anderen um eine Demonstration, die als europaweite Kundgebung gedacht war und auf dem Königsufer gegenüber der Altstadt abgehalten wurde. Auf der erstgenannten Veranstaltung waren zwischen 5.400 und 5.800 Personen zugegen, auf der anderen zwischen 8.300 und 9.200.²⁴ Im Vergleich zu den üblichen Kundgebungen im Winter 2015 und Frühjahr/Sommer 2016 sind dies Zahlen, die im oberen Spektrum der Teilnehmermobilisierung liegen.

Die Pegida-Umfrage, durchgeführt vom Institut für Sozialwissenschaften der Heinrich-Heine-Universität, war als schriftlich-postalische Erhebung angelegt. Studenten der Sozialwissenschaften (mehrheitlich der TU Dresden), versehen mit Taschen der Heinrich-Heine-Universität, verteilten vor Beginn der Demonstrationen an den Zugängen einen Umschlag mit einem 11-seitigen Fragebogen nebst Anschreiben und Rücksendeumschlag. Angestrebt war eine systematische Zufallsauswahl, die sich an der zu erwartenden Teilnehmerzahl und der voraussichtlichen Ausschöpfungsquote orientierte. Dieses Auswahlprinzip konnte in der Regel gut umgesetzt werden, nur bei zeitweise starkem Andrang von Teilnehmern mussten die Auswahlprinzipien etwas flexibler gehalten werden. Nennenswerte Verzerrungen dürften daraus jedoch nicht erwachsen sein.²⁵

21 In einer Splitfassung des Anschreibens in Dresden war das Projekt mit dem Briefkopf des Institut für Soziologie der TU Dresden, des Instituts für Sozialwissenschaften der Universität Düsseldorf oder – als Gemeinschaftsprojekt – mit beiden Briefköpfen versehen. Wenn die Befragten allein mit einem Düsseldorfer oder mit einem Düsseldorf/Dresden Briefkopf angeschrieben wurden, betonten sie etwas häufiger das Recht auf einen Arbeitsplatz ($r = .08$, $p < 0,05$) und etwas seltener freie und geheime Wahlen ($r = -.09$, $p < 0,05$). Bei den anderen Merkmalen ergaben sich keine statistisch signifikanten Unterschiede. Offenbar wurde bei der Beantwortung zum Teil eine Art Akzentuierung gegenüber dem Adressaten gewählt: die Bedeutung des Rechts auf einen Arbeitsplatz angesichts der Tatsache, dass durch die Wende diese Sicherheit verloren gegangen ist. Und gegenüber den Ostdeutschen die Wichtigkeit freier und geheimer Wahlen angesichts der Tatsache, dass diese einstmals nicht galten. Alles in allem halten sich die Effekte jedoch in Grenzen, weswegen wir im Folgenden keine Differenzierung nach Art des Anschreibens vornehmen. Zur Vorgehensweise bei der Düsseldorfer Untersuchung vgl. *Karl-Heinz Reuband*, Ausschöpfung und Nonresponse Bias in postalischen Befragungen, a.a.O. (Fn. 20).

22 Vgl. ebenda.

23 Die soziale Zusammensetzung der Befragten in der Erhebung von 2000 ist in beiden Städten ähnlich. Der Anteil der Befragten mit Abitur / Besuch des Gymnasium / EOS liegt bei 27 Prozent, das Durchschnittsalter bei 48 (Dresden) beziehungsweise 50 (Düsseldorf) Jahren (Basis jeweils der ungewichtete Datensatz; für den Vergleich wurde ebenfalls dieser Datensatz verwendet).

24 Vgl. die Webseite Durchgezählt, <https://durchgezaehlt.org/pegida-dresden-statistik/> (Abruf am 17. November 2017).

25 Der Andrang, der zu einer weniger systematischen, gleichwohl nach wie vor zufallsgerichteten Verteilung führte, stellte sich gewöhnlich erst kurz vor Beginn der Veranstaltung ein. Unter diesen Umständen konnte man nicht mehr die Zahl der Personen zum Maßstab nehmen, die zwi-

Rund zwei Drittel der angesprochenen Teilnehmer nahmen den Umschlag mit dem Fragebogen an, rund 41 Prozent sandten ihn ausgefüllt zurück. Gemessen an anderen Pegida-Erhebungen und Umfragen auf anderen Protestveranstaltungen (meist linker Provenienz) kann man die Ausschöpfungsquote als überdurchschnittlich hoch ansehen. Die in der Öffentlichkeit und auch der Forschung weithin verbreitete Annahme, Pegida-Teilnehmer würden sich Befragungen gegenüber verweigern, ist demnach nicht haltbar. Wenn bei manchen Forschungsteams bei ihren Untersuchungen²⁶ ein anderer Eindruck entstand, dann wohl primär aufgrund des andersgearteten methodischen Vorgehens. Die Zahl der Befragten, die in die folgende Analyse eingehen, liegt bei 784 Personen.²⁷

2. Westfernsehempfang zu DDR-Zeiten und Demokratievorstellungen der Bürger

Die Demokratievorstellungen wurden ermittelt über die Frage: „Was von dem, was auf der folgenden Liste steht, gehört Ihrer Meinung nach unbedingt zu einer Demokratie?“. Neben Nennungen, die als Grundelemente der Demokratie gelten – wie „Pressefreiheit“, „mehrere Parteien“ etc. – waren auch welche aufgeführt, die sich an dem in der DDR propagierten Verständnis von Demokratie orientierten: (sozialistische) „Demokratie“ als Versorgungsstaat, der für Gleichheit und wirtschaftliche Absicherung sorgt (wie „Niemand leidet Not“, „Jeder hat das Recht auf eine billige Wohnung“ etc.).

In der Erhebung von 1998 waren zehn mögliche Antworten aufgelistet, in den späteren Erhebungen zwölf (wobei die zuvor verwendete Doppelnennung „Presse- und Meinungsfreiheit“ in zwei getrennte überführt worden war). Bis zu fünf Nennungen waren den Befragten eingeräumt. Die Mehrheit hielt sich an diese Vorgabe, einige wenige nannten mehr Aspekte als zulässig, andere unterschritten die mögliche Maximalzahl. Dies mag zum Teil Folge eines Missverständnisses gewesen sein. Bei anderen mag es der Überzeugung entsprochen haben, in restriktiver Weise nur das auszuwählen, was aus ihrer Sicht für eine Demokratie unbedingt dazu gehört. Alles in allem halten sich die Abweichungen von der erlaubten Zahl der Nennungen in Grenzen, auch im Vergleich der Erhebungen zueinander, so dass es in der Phase der Auswertung keiner speziellen Einschränkungen bedarf.

schenzeitlich auf den Interviewer zukamen oder an ihm vorbei liefen, sondern musste auch diejenigen mit bedenken, die ihn in größerem Abstand, in einer größeren Menge passierten. Unter diesen Umständen musste das Intervall der Ausgabe des Fragebogens verkürzt werden. Wenn es Verzerrungen gab, dann wohl am ehesten auf der Ebene der Bereitschaft, den Fragebogen anzunehmen beziehungsweise ihn ausgefüllt zurückzusenden. Hier sprechen einige Indizien dafür, dass sich Ältere überproportional an der Erhebung beteiligten. Vgl. *Karl-Heinz Reuband*, Pegida im Wandel? Soziale Rekrutierung, politisches Selbstverständnis und Parteipräferenzen der Kundgebungsteilnehmer, in: Mitteilungen des Instituts für Parteienrecht und Parteienforschung, 22. Jg. (2016), S. 52 – 69, S. 54 ff.

26 Vgl. *ders.*, Wer demonstriert in Dresden für Pegida? Ergebnisse empirischer Studien, methodische Grundlagen und offene Fragen, in: Mitteilungen des Instituts für Parteienrecht und Parteienforschung, 21. Jg. (2015), S. 133 – 143.

27 Bei den Personen, die an der Dezember-Erhebung teilgenommen hatten und im Februar erneut in die Erhebung eingingen (sie erhielten einen Kurzfragebogen), wurde der Fragebogen aus der ersten Erhebung der Auswertung zugrunde gelegt.

Tabelle 1: Demokratievorstellungen in der Bevölkerung von Dresden und Düsseldorf sowie bei Teilnehmern am Pegida-Protest (in Prozent)

	Dresden		Düsseldorf	Pegida
	1998	2000	2000	2015/2016
Freiheit der Meinungsäußerung	83*	67	80	89
Pressefreiheit	83*	56	77	70
Freie und geheime Wahlen	69	57	66	72
Unabhängige Gerichte	52	42	54	65
Mehrere Parteien	55	40	48	34
Volksabstimmung bei wichtigen Fragen	61	49	42	86
Reisefreiheit	50	38	38	18
Niemand leidet Not	37	40	28	18
Jeder das das Recht auf einen Arbeitsplatz	52	48	25	10
Ausreichende Versorgung mit Kindergärten	–**	20	19	12
Jeder hat das Recht auf eine billige Wohnung	17	15	11	7
Begrenzte Einkommensunterschiede	16	18	6	12

Anmerkung:
 * 1998: „Presse- und Meinungsfreiheit“;
 ** nicht erfragt.
 Frageformulierung: „Was von dem, was auf der folgenden Liste steht, gehört Ihrer Meinung nach unbedingt zu einer Demokratie? (Bis zu fünf Nennungen sind möglich.)“ Antwortkategorien wie oben aufgeführt.

Wie man Tabelle 1 entnehmen kann, wurde 1998 die Presse- und Meinungsfreiheit von nahezu allen Dresdnern (83 Prozent) als wichtiges Element der Demokratie bezeichnet. An zweiter Stelle folgten die „freien und geheimen Wahlen“ (69 Prozent), an dritter die „Volksabstimmung bei wichtigen Fragen“ (61 Prozent), sodann, dass es mehrere Parteien geben müsse (55 Prozent), und an fünfter Stelle die Unabhängigkeit der Gerichte (52 Prozent). Dass jeder das Recht auf einen Arbeitsplatz haben sollte, wurde von gleich vielen Befragten als Merkmal der Demokratie angegeben (52 Prozent), dicht gefolgt von der Reisefreiheit (50 Prozent). Alle anderen Nennungen kamen auf weniger als 50 Prozent.

Die Antworten sind jeweils aus der Perspektive wahrgenommener Auswahlrestriktionen und des Fragekontexts zu sehen. Wer eine der möglichen Vorgaben nicht auswählte, musste nicht zwangsläufig der Meinung sein, dass man darauf verzichten könne, denn wer sich bereits für einige der Nennungen festgelegt hatte, war aufgrund der Vorgabe einer maximalen Zahl in der Wahl der weiteren Nennungen eingeschränkt. Wenn zum Beispiel 52 Prozent die Unabhängigkeit der Gerichte betonten, bedeutet dies also nicht, dass 48 Prozent der Meinung waren, es bedürfe keiner Unabhängigkeit der Gerichte. Vielmehr wurde anderen Aspekten nur eine noch höhere Dringlichkeit zuerkannt.

Wertet man die „Presse- und Meinungsfreiheit“, „Freie und geheime Wahlen“, „Mehrere Parteien“, „Unabhängige Gerichte“ als zentrale Charakteristika der Demokratie und summiert die Nennungen, die sich darauf beziehen²⁸, so kann man daraus eine Skala für De-

²⁸ Man könnte ebenfalls das Recht auf Freizügigkeit – exemplifiziert an der Reisefreiheit – als grundlegendes Merkmal der Demokratie ansehen, es ist jedoch von der Wichtigkeit her den anderen Merkmalen nachgeordnet und geht daher nicht in die Skala ein. Auch gibt es liberale De-

mokratieorientierungen konstruieren, deren Werte von 0 bis 4 reichen. Man kommt dann für diejenigen, die vor der Wende in Dresden oder anderen Orten in Ostdeutschland wohnten und drei und mehr demokratische Nennungen angaben, auf einen Anteil von 56 Prozent. Würde man diejenigen mit mindestens zwei Nennungen noch in die Kalkulation einbeziehen, käme man auf 78 Prozent.

Wie sehr sind die Demokratieorientierungen, wie sie hier gemessen wurden, mit dadurch beeinflusst, dass Dresden einst das „Tal der Ahnungslosen“ war, weil man dort – von Ausnahmen abgesehen – kein Westfernsehen empfangen konnte? Man kann dieser Frage nachgehen, indem man sich zunutze macht, dass zu den befragten Dresdnern nicht nur Personen gehören, die vor der Wende in Dresden ansässig waren, sondern auch solche, die später aus anderen Teilen der ehemaligen DDR zuzogen und einst über einen Westfernsehempfang verfügt hatten. Zusammen mit den Dresdnern, die zur Zeit der DDR Westfernsehen empfangen konnten, sind dies 20 Prozent der Befragten.

Setzt man die Demokratieorientierungen mit dem Westfernsehempfang in Beziehung, ergibt sich ein Zusammenhang, wie man ihn erwarten würde: Befragte mit Westfernsehen äußerten häufiger demokratische Orientierungen (drei und mehr der Nennungen bei 70 Prozent der Befragten vs. 52 Prozent bei denen ohne Empfang). Die Korrelation beläuft sich auf $r = .16$ ($p < 0,001$). Sie ist schwach, aber statistisch signifikant.²⁹ Nun ähneln andererseits diejenigen, die nach der Wende nach Dresden zogen, in ihren sozialen Merkmalen nicht immer auch den Dresdnern: Sie sind im Durchschnitt jünger, verfügen häufiger über eine höhere Bildung, und es handelt sich überproportional oft um Männer. Damit besteht die Möglichkeit, dass der beschriebene Zusammenhang durch die soziale Zusammensetzung der Befragten mitbeeinflusst oder gar verursacht sein könnte.

Bei einer multiplen Regressionsanalyse (vgl. Tabelle 2), bei der der Einfluss des Westfernsehens unter Kontrolle der sozialen Merkmale geprüft wird, relativiert sich in der Tat das bisherige Bild: der Effekt des Westfernsehens verliert an Gewicht und ist allenfalls noch auf dem Zehn-Prozent-Niveau statistisch signifikant. Damit ist die Grenze zur Bedeutungslosigkeit erreicht. Natürlich ist es denkbar, dass der Einfluss des Westfernsehens unmittelbar nach der Wende stärker war und man damals einen Effekt noch hätte nachweisen können. Doch möglich ist auch, dass der Stellenwert des Westfernsehens für die Dresdner Bevölkerung überschätzt wird, dass andere Wege der Vermittlung westlicher Werte existierten. So gab es zwar kein Westfernsehen in Dresden, wohl aber die Möglichkeit, Westrundfunksender zu hören. Der Deutschlandfunk war auf Mittelwelle gut zu empfangen und strahlte umfangreiche Informationen aus, die speziell auch für die DDR-Bürger von Interesse waren.³⁰

mokratien, in denen die Reisefreiheit zum Teil eingeschränkt war oder ist (wie im Fall der USA bei Reisen nach Kuba).

29 Die Werte bei Korrelationen (ebenso bei standardisierten Regressionskoeffizienten) liegen zwischen (+/-) 0 und 1, wobei gilt: je höher der Wert, desto enger der Zusammenhang. Offen muss an dieser Stelle bleiben, wie sich die Kausalrichtung darstellt. So ist denkbar, dass an Orten mit Westempfang nicht nur dieser einen Einfluss auf die Einstellungen gehabt haben könnte, sondern auch umgekehrt diejenigen, die mit dem DDR-System nicht übereinstimmten, überproportional oft sich dem Westfernsehen zuwandten.

30 Vgl. *Matthias Gretzschel*, Islamfeindliche Bewegung. Warum hat Pegida in Dresden solchen Zulauf?, in: *Hamburger Abendblatt online* vom 20. Januar 2015; <http://www.abendblatt.de/politik/deutschland/article136556675/Warum-hat-Pegida-in-Dresden-solchen-Zulauf.html> (Abruf am 17. November 2017).

<i>Tabelle 2: Demokratieorientierung der Dresdner in Abhängigkeit vom Empfang des Westfernsehens vor der Wende und von sozialen Merkmalen (standardisierte Koeffizienten der OLS-Regressionsanalyse)</i>	
Geschlecht	-.11***
Alter	-.18***
Bildung	.24***
Westfernsehen	.05 ⁺
R ²	.15
Anmerkung: ⁺ p<0,10; ***<0,001. Frageformulierung Westfernsehen: „Haben Sie vor der Wende zu Hause gelegentlich oder öfter Westfernsehen gesehen?“ Basis: Erhebung Dresden 1998. Personen, die keine Angaben machten oder alle Nennungen ankreuzten, sind aus der Berechnung ausgeschlossen. Demokratiskala auf der Basis ausgewählter Nennungen, siehe Text. Codierung: Mann = 1, Frau = 2; Alter in Jahren; Bildung: Volks- / Hauptschule = 1..., Abitur / Hochschule = 4; Westfernsehen: Nein = 0, Ja = 1.	

Auch könnte es sein, dass die Dresdner ohnehin viel stärker dem westlichen Demokratieideal zuneigten, als man es heutzutage rückblickend meint. Dafür gibt es durchaus einige empirische Indizien. So kamen in den 1980er Jahren die meisten Ausreiseanträge und „politischen Vorkommnisse“ aus dem Bezirk Dresden³¹; und als die Menschen 1989 gegen die DDR protestierten, war es zwar Leipzig, wo am 9. Oktober Zigtausend Demonstranten auf der Straße waren, aber schon einen Tag vorher hatte es in Dresden Demonstrationen gegeben, und die Menschen hatten bereits einen Dialog mit dem damaligen Oberbürgermeister *Wolfgang Berghofer* erzwungen.³² Daran gemessen war die Identifikation mit dem DDR-Regime in Dresden nicht stärker als anderswo, sondern womöglich sogar geringer.

Dass dies der Fall sein könnte, lassen Umfragen unter Jugendlichen und Lehrlingen vermuten, die in den späten 1980er Jahren vom Zentralinstitut für Jugendforschung durchgeführt und nach der Wende einer vertiefenden Sekundäranalyse unterzogen wurden. Danach war in der Region Dresden die Bewertung der DDR-Gesellschaft kritischer und die Verbundenheit mit der DDR geringer als in anderen Landesteilen der DDR. Den Westen sah man positiver. Angesichts der Tatsache, dass die Nutzung von Westmedien die Verbundenheit mit der DDR schmälerte, ist dieser Befund umso bemerkenswerter.³³

31 *Stefan Wolle*, Die heile Welt der Diktatur. Herrschaft und Alltag in der DDR 1971-1989, Berlin 2013.

32 Vgl. *Klaus Wallbaum*, Pegida-Hochburg. Warum Dresden?, in: Hannoversche Allgemeine online vom 18. Januar 2015, <http://t.haz.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/Warum-Dresden-zur-Pegida-Hochburg-wurde> (Abruf am 17. November 2017).

33 Vgl. *Hans-Jörg Stiebler*, Leben ohne Westfernsehen. Studien zur Medienwirkung und Mediennutzung in der Region Dresden in den 80er Jahren (Media Studien, Bd. 9), Leipzig 2001, S. 39 f., S. 43, S. 48; *Lutz Holger Kern* / *Jens Hainmueller*, Optimum for the Masses: How Foreign Media Can Stabilize Authoritarian Regimes, in: *Political Analysis*, 17. Jg. (2009), H. 4, S. 377 – 399. Es handelt sich um dieselbe Umfrage, auf die sich die Autoren beziehen. *Stiebler*, der auch an der ursprünglichen Erhebung des Zentralinstituts für Jugendforschung beteiligt war, wird in dem Beitrag von *Kern* und *Hainmüller* leider nicht zitiert. Letzterer gründet sich auf elaborierte Analysen, kommt aber zu ähnlichen Ergebnissen.

Dass der Empfang des Westfernsehens das Denken der Menschen nicht unbeeinflusst ließ, steht aber auch außer Zweifel: Nicht nur die Untersuchung von *Hans-Jörg Stiehler* legt dies nahe, auch in Studien zum Fernsehempfang in der DDR als Gesamtheit (nicht nur in Dresden) finden sich entsprechende Hinweise. Danach hatte die Werbung, die durch das Westfernsehen ermöglicht wurde, langfristige Folgen für das Konsumverhalten nach der Wende. Die materiellen Aspirationen wurden angehoben und bestimmten mit über spätere Kaufentscheide.³⁴ Desgleichen lassen sich Effekte auf die Fertilität feststellen: Wer in Gegenden mit Westfernsehempfang wohnte, folgte eher dem westlichen Familienmodell mit keinem oder einem Kind als Personen ohne Westempfang.³⁵

Die Frage, die sich angesichts der Befunde zum Westfernsehen stellt, ist daher, ob von vornherein eine größere Distanz zum DDR-System und eine größere Aufgeschlossenheit in der Region Dresden bestand und die einseitigen Empfangsmöglichkeiten nicht wirkungsvoll genug waren, um die kritische Orientierung aufzuheben, oder ob die einseitigen Medienrezeptionsbedingungen erst eine solche Situation der Distanzierung von den DDR-Medien und der DDR schufen. Außerdem ist zu fragen, ob sich aufgrund des Fehlens entsprechender Empfangsmöglichkeiten womöglich ein allzu positives Bild vom Westen entwickeln konnte und man der negativen Berichte über das Leben in Westdeutschland (die ja ebenfalls Bestandteil der Berichterstattung sind) nicht gewahr wurde.³⁶

Zu den bedeutsamen Variablen, die Einfluss auf die Demokratievorstellungen nehmen, gehören – wie man ebenfalls Tabelle 2 entnehmen kann – die Bildung, das Alter und – in abgeschwächter Form – das Geschlecht. Je höher die Bildung der Befragten ist und je jünger sie sind, desto eher werden demokratische Werte vertreten. Darüber hinaus zeigt sich, dass Frauen sie etwas seltener als Männer nennen und eher der Chancengleichheit und dem Versorgungsprinzip des Staates das Wort reden. Dies ist zum Teil ihrem geringeren politischen Interesse geschuldet, aber eben nur zum Teil.

Dass es die Jüngeren sind, die überproportional die demokratischen Werte vertreten, verweist auf mögliche Sozialisationseffekte: Sie haben nur einen kleinen Teil ihres Lebens unter dem Einfluss des DDR-Regimes verbracht und könnten entsprechend weniger dadurch geprägt sein. Wie es sich mit dem Bildungseffekt verhält, ist unklar: Besser Gebildete waren zur DDR-Zeit, aufgrund von Selektions- und Sozialisationsprozessen besonders eng mit dem Regime verbunden.³⁷ Wenn sie jetzt eher demokratischen Werten zuneigen, dann

34 Vgl. *Leonardo Bursztyjn* / *Davide Cantoni*, A Tear in the Iron Curtain. The Impact of Western Television in Consumption Behavior, in: *The Review of Economics and Statistics*, 98. Jg. (2016), H. 1, S. 25 – 41; *Walter Hyll* / *Lutz Schneider*, The Causal Effect of Watching TV on Material Aspirations: Evidence from the “Valley of the Innocent”, Institut für Wirtschaftsforschung, IWH-Diskussionspapiere, Halle 2012, http://www.iwh-halle.de/fileadmin/user_upload/publications/iwh_discussion_papers/8-12.pdf (Abruf am 2. Februar 2017).

35 Vgl. *Peter Bönisch* / *Walter Hyll*, Television Role Models and Fertility – Evidence from a Natural Experiment, in: *SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research* (2015), H. 752, https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.504531.de/diw_sp0752.pdf (Abruf am 17. November 2017).

36 *Hans-Jörg Stiehler*, a.a.O. (Fn 33), S. 53, spricht von möglichen Effekten einer „Videomalaise“-Kultivierung. Bewohner in Gegenden mit Westempfang hätten unter diesen Umständen eher ein negatives Bild vom Westen entwickeln können.

37 Nur wer besonders regimetreu war, konnte damit rechnen, auf eine höhere Schule zu gehen und zu studieren. Zugleich waren diejenigen, die eine höhere Schule durchliefen, eher einer intensiven Sozialisation in das politische Wertesystem der DDR ausgesetzt.

entweder, weil sie zwischenzeitlich in ihren Orientierungen einem Wandel unterlagen, oder weil sie diese Ansichten auch schon früher hatten, aber (vermutlich) mehr als abstrakte Vorstellung statt als konkreten Wert, mit dem sie sich identifizierten.

3. *Demokratievorstellungen im Wandel und im Ost-West-Vergleich*

In der Erhebung, die zwei Jahre nach jener von 1998 stattfand und eine leicht erweiterte Zahl von Nennungen umfasste, verschieben sich die Werte etwas (vgl. Tabelle 1). Die grundlegende Rangordnung aber bleibt bestehen. Dass die Zahlen leicht rückläufig sind, hat – neben möglichen inhaltlichen Gründen – auch methodische: Wenn das Spektrum möglicher Nennungen erweitert wird, sinkt für jede Nennung die Chance, gewählt zu werden. Gleichwohl ist es nicht unbedeutend, wo sich die Veränderungen am deutlichsten zeigen. Es betrifft vor allem die Werte der liberalen Demokratie, nicht diejenigen des „demokratischen Sozialismus“, wie er sich in der DDR verstand. Periodenspezifische Effekte mögen dafür verantwortlich sein.

Vergleicht man die Dresdner mit den Düsseldorfer Befragten (jeweils im Jahr 2000), lassen sich sowohl Ähnlichkeiten als auch Unterschiede erkennen. Die Dresdner betonten etwas seltener als die Düsseldorfer die Kriterien der westlichen Demokratie, dafür nannten sie etwas häufiger Aspekte, die Chancengleichheit und Versorgungsprinzipien betreffen (das Recht auf einen Arbeitsplatz, niemand leidet Not etc.). Zum einen dürfte sich darin noch die Sozialisation in das politische System der DDR widerspiegeln, zum anderen aber auch die aktuelle Lage, denn zu der Zeit, als die Erhebung stattfand, hatten die ehemaligen DDR-Bürger zu einem großen Teil Arbeitsplatzverlust und Arbeitslosigkeit erlebt, sei es sie selbst oder Familienmitglieder.³⁸

In der Tat korreliert – wenn auch schwach – die Nennung eines gesicherten Arbeitsplatzes mit der Einschätzung der eigenen und der zukünftigen wirtschaftlichen Lage. Je pessimistischer die Einschätzung, desto eher wurde die Sicherheit des Arbeitsplatzes als ein essentielles Kriterium der Demokratie genannt. Die Zusammenhänge sind unter den Dresdnern stets etwas stärker als unter den westdeutschen Befragten. Im Vergleich zur Einschätzung der wirtschaftlichen Lage machte es demgegenüber nur einen geringen Unterschied, ob die Befragten selbst oder jemand anderes aus der Familie seit der Wende für kürzere oder längere Zeit arbeitslos gewesen war. Was zählte, war offenbar primär die aktuelle und die wahrgenommene zukünftige Lage.³⁹

Berechnet man den durchschnittlichen Wert auf der Demokratieskala, ergibt sich für die Dresdner als arithmetisches Mittel ein Wert von 2.6 und für die Düsseldorfer von 3.3. Die Dresdner erwiesen sich damit als weniger demokratieorientiert als die Düsseldorfer – was in

38 In unserer Erhebung von 2000 gaben 38 Prozent der Dresdner an, seit der Wende schon einmal arbeitslos gewesen zu sein. Bei 31 Prozent war ein Familienmitglied betroffen. Insgesamt ergibt sich daraus ein Anteil von 63 Prozent, der direkt oder indirekt tangiert war (in Düsseldorf 34 Prozent).

39 Das „Recht auf einen Arbeitsplatz“ korreliert mit der negativen Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage in Dresden $r = .19$ (Düsseldorf $r = .09$), mit der negativen eigenen wirtschaftlichen Lage in einem Jahr $r = .14$ (Düsseldorf $r = .12$), mit eigener Arbeitslosigkeit $r = .09$ (Düsseldorf $r = .05$, n.s.), Arbeitslosigkeit von Familienmitgliedern $r = .04$, n.s. (Düsseldorf $r = .05$, n.s.). Wenn nicht anders vermerkt: alle mindestens auf dem 0.05 Niveau statistisch signifikant.

Übereinstimmung steht mit den Unterschieden, die sich auch bundesweit im Ost-West-Vergleich gezeigt haben und die bis heute fortbestehen.⁴⁰ Auffällig ist, dass plebiszitäre Instrumente (die in die Skala nicht eingingen) von den Dresdner häufiger als von den Düsseldorfern genannt wurden. Der Anteil ist zwar geringer als noch in der vorangegangenen Erhebung, aber er unterscheidet sich noch immer deutlich von dem der Düsseldorfern. Dass plebiszitäre Instrumente häufig genannt werden, ist im Übrigen nicht allein typisch für Dresden. Es zeigte sich auch in früheren Erhebungen beim Vergleich der neuen und der alten Bundesländer und hält auch bis in die neuere Zeit an.⁴¹

Unter den sozialen Merkmalen übt die Bildung in Dresden wie in Düsseldorf den stärksten Einfluss auf die Demokratieorientierungen aus. Desgleichen zeigt sich ein Effekt des Geschlechts: Er ist in Dresden wie in Düsseldorf nahezu gleich groß. Die Wirkung des Alters unterscheidet sich demgegenüber: Während in Düsseldorf die Betonung demokratischer Werte mit steigendem Alter tendenziell zunimmt, ist das Verhältnis unter den Dresdnern – gemessen am Vorzeichen – eher umgekehrt, wenn auch statistisch nicht signifikant. 1998 war der Alterseffekt dort noch stärker gewesen und eindeutig negativ.⁴² Desgleichen war der Bildungseffekt 1998 schwächer – beides, so könnte man meinen, Zeichen eines Transformationsprozesses und nicht nur ein Artefakt des methodischen Vorgehens.⁴³

4. Teilnehmer am Pegida-Protest und ihre Demokratievorstellungen

Die Pegida-Kundgebungsteilnehmer nennen in der Frage der Demokratieorientierungen (vgl. Tabelle 1) am häufigsten die Volksabstimmung als essentielles Element der Demokratie (86 Prozent). Sie ähneln damit den Dresdner Befragten in der Umfrage der (späten) 1990er Jahre, akzentuieren dieses Element sogar noch stärker. Mit der besonderen Gewichtung dieses Kriteriums nehmen sie für soziale Bewegungen keine atypische Sonderstellung ein, denn dort ist es weithin üblich, plebiszitäre Instrumente als grundlegendes Merkmal demokratischer Willensbildung zu betonen.⁴⁴ Diese haben inzwischen auch in der Bevölkerung und der Öffentlichkeit weithin Zuspruch gefunden, direkt-demokratische Verfahren haben in den modernen Demokratien in den letzten Jahren insgesamt an Bedeutung gewonnen.⁴⁵

40 In diesem Zusammenhang sind nicht nur die Angaben zu den zentralen Elementen der Demokratie von Bedeutung. Man findet eine größere Reserviertheit der Ostdeutschen unter anderem auch, wenn man die Frage zugrunde legt, ob die „Demokratie, die wir in der Bundesrepublik haben“, die beste Staatsform ist, oder es eine andere Staatsform gibt, die besser ist (vgl. *Renate Köcher*, a.a.O. (Fn. 9), S. 116; *Everhard Holtmann* u.a., a.a.O. (Fn. 11)). Darauf dürfte maßgeblich auch die Zufriedenheit mit der aktuellen Praxis Einfluss genommen haben.

41 Vgl. *Renate Köcher*, a.a.O. (Fn. 9), S. 119; *Everhard Holtmann* u.a., a.a.O. (Fn. 11), S. 192.

42 Angaben dazu sind in Tabelle 1 aufgeführt. Lässt man die Nutzung der Westmedien aus der Betrachtung aus, ergeben sich die folgenden beta-Koeffizienten: Geschlecht -.11, Alter -.18, Bildung .24 (alle signifikant auf dem 0,001 Niveau).

43 1998 waren weniger Vorgaben aufgeführt, die Presse- und Meinungsfreiheit war zudem zusammengefasst. Dies könnte auch Auswirkungen auf die Altersbeziehung haben. Stellt man den Vergleich auf der Ebene der einzelnen Nennungen an, so zeigt sich ein gemischtes Bild. Einige Zusammenhänge (wie im Fall der Unabhängigkeit der Gerichte) werden reduziert, andere (wie im Fall mehrerer Parteien, geheime Wahlen) bleiben stabil.

44 Vgl. *Werner J. Patzelt*, a.a.O. (Fn. 7).

45 Vgl. *Stefan Marschall*, Demokratie, Stuttgart 2014, S. 51.

An zweiter Stelle der Nennungen folgen die freien und geheimen Wahlen (72 Prozent). Mit der Betonung dieses Kriteriums unterscheiden sich die Pegida-Anhänger nicht grundlegend von den Dresdnern der 1990er Jahre und auch nicht allzu sehr von den Düsseldorfern im Jahr 2000. An dritter Stelle steht die Unabhängigkeit der Gerichte (65 Prozent) – ein Wert, der sogar über dem der Düsseldorfener Befragten liegt. Demgegenüber wurde das Merkmal „mehrere Parteien“ etwas seltener genannt (34 Prozent). Dies muss nicht bedeuten, dass sich die Mehrheit für die Alleinherrschaft einer Partei ausspricht (sonst müsste man auch bei den Düsseldorfern, die diesen Aspekt zu 40 Prozent betonen, entsprechende Befürchtungen hegen). Vielmehr muss man die Nennungen im Kontext des Zwangs zu einer begrenzten Auswahl sehen und als Zeichen der Akzentsetzung und Gewichtung interpretieren. Dass freie und geheime Wahlen von nahezu drei Viertel der Pegida-Teilnehmer bejaht werden – weit mehr als von den Düsseldorfern – spricht bei ihnen jedenfalls gegen ein Staatsverständnis, das allein auf politische Homogenität statt Pluralismus ausgerichtet ist.

Anders als man aufgrund der DDR-Historie erwarten könnte, gibt es bei den Pegida-Anhängern keine ausgeprägte Neigung, Chancengleichheit und Versorgungsprinzip als Merkmale der demokratischen Verfasstheit eines Staates zu sehen. Dies zeigt sich nicht nur am Kriterium, dass jeder ein Recht auf einen Arbeitsplatz haben sollte (was angesichts des zwischenzeitlichen wirtschaftlichen Aufschwungs auch nicht so verwunderlich ist)⁴⁶; es wird auch deutlich bei anderen Aussagen, wie das Recht auf eine billige Wohnung oder dass niemand Not leidet.

Errechnet man die durchschnittliche Zahl der Nennungen, die eine Bejahung der essentiellen Grundlagen der Demokratie beinhalten – Freiheit der Meinungsäußerung, Pressefreiheit, mehrere Parteien, Unabhängigkeit der Gerichte, freie und geheime Wahlen⁴⁷, so kommt man für die Pegida-Anhänger auf 3.3 – ein Wert, der dem der Düsseldorfener aus dem Jahr 2000 vergleichbar ist und über jenem der Dresdner Bevölkerung des Jahres 2000 liegt. Ob es sich um Teilnehmer aus Dresden oder anderen Teilen Ostdeutschlands handelt, macht dabei keinen Unterschied. Mögen sich auch die Akzente bei der Betonung dessen unterscheiden, was essentiell als Bestandteil der Demokratie gesehen wird, so überwiegen doch die Ähnlichkeiten mit den Befragten aus dem Westen.⁴⁸

Aber täuscht man sich womöglich über die wahren Verhältnisse, wenn man die hier verwendeten Kriterien anlegt? Könnte es nicht sein, dass manche Nennungen – wie etwa die „Unabhängigkeit der Gerichte“ – allein deswegen so häufig Erwähnung finden, weil sie

46 Siehe dazu auch die subjektive Einschätzung bei *Everhard Holtmann* u.a., a.a.O. (Fn. 11).

47 Im Gegensatz zu der Erhebung von 1998 wurde Presse- und Meinungsfreiheit getrennt erfragt. Dies bedeutet, dass auch maximal fünf Nennungen mit Werten zur liberalen Demokratie möglich waren, während es in der 1998er Erhebung nur vier waren. Entsprechend variiert die Demokratieskala 1998 zwischen 0 und 4 und 2000 zwischen 0 und 5.

48 Desgleichen ergibt sich auch unter den Pegida-Teilnehmern ein ähnlicher Zusammenhang zwischen sozialen Merkmalen und Demokratievorstellungen wie unter den Dresdnern: Je höher die Bildung und je jünger die Befragten sind, desto eher werden die demokratischen Werte als bedeutsam eingeschätzt. Das Merkmal Geschlecht übt demgegenüber keinen Einfluss aus. Bei den Düsseldorfener Befragten aus der Erhebung von 2000 gilt – ähnlich wie in Dresden 1998 und 2000: je höher die Bildung, desto eher demokratische Werte, ähnlich auch der Zusammenhang mit dem Merkmal Geschlecht. Demgegenüber unterscheidet sich der Alterseffekt: Während bei den Dresdnern mit abnehmendem Alter die demokratischen Orientierungen zunehmen, verhält es sich bei den Düsseldorfern – zumindest im Jahr 2000 – in der OLS-Regressionsanalyse leicht umgekehrt.

aus Sicht der Befragten die politische Auseinandersetzung um Pegida unmittelbar betreffen, wie etwa das Verbot von Pegida-Kundgebungen, das in der Öffentlichkeit wiederholt gefordert wurde oder die Überwachung durch den Verfassungsschutz oder die Anklage gegen *Lutz Bachmann* wegen Volksverhetzung? Sind die Antworten also aus einer rein instrumentellen Perspektive zu sehen: als Antwort auf eigene (vermeintliche oder reale) Bedrohungsvarianten, bei der man sich des demokratischen Systems bedient, das man selbst ablehnt?

Um diesen Zusammenhängen nachzugehen, muss man sich weiterer Fragen bedienen, die etwas über das Demokratieverständnis der Befragten aussagen. Im Rahmen unserer Erhebung bietet sich dafür insbesondere die Behauptung an: „Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform“. Diese Aussage beinhaltet eine andere Akzentuierung als die bisher genannte Liste demokratischer Merkmale. Es geht um die grundsätzliche Bereitschaft, diktatorische Maßnahmen notfalls zu bejahen und nicht allein um das bloße Verständnis formaler Demokratie Kriterien. Erwartungsgemäß korreliert die Bejahung des Statements negativ mit der Zahl demokratiekonformer Werte. Aber die Korrelation ist nicht allzu stark, sie liegt lediglich bei $r = -.16$ ($p < 0,001$). Dies legt nahe, dass auch die Zustimmung zu demokratiekonformen Werten eine Anfälligkeit für Konstellationen, die einer Diktatur ähneln, nicht ausschließt

Der Aussage, dass „im nationalen Interesse unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform“ wäre, stimmten unter den Pegida-Anhängern auf einer Vierer-Skala sieben Prozent „voll und ganz“ und 26 Prozent „eher“ zu, zusammen also gut ein Drittel, das diese Ansicht – wenn auch eingeschränkt – teilt. Unsere Erhebung ist in dieser Hinsicht nicht einzigartig. In der Untersuchung von *Dieter Rucht* und Koautoren, durchgeführt im Januar 2015, äußerten sich auf dasselbe Statement hin „ganz“ oder „überwiegend“ zustimmend zehn Prozent der Pegida-Befragten, und 27 Prozent stimmten teils zu und teils nicht zu. Zusammen sind das – je nachdem, ob man die „teils-teils“-Angaben zur Hälfte oder komplett den Zustimmungswerten zuschlägt – zwischen 23 und 37 Prozent.⁴⁹

In der 2016 erhobenen „Mitte“-Studie des Leipziger Forschungsteams um *Oliver Decker* und Koautoren⁵⁰, die sich auf eine schriftliche Befragung im Rahmen persönlicher Interviews stützt (und damit ebenfalls sozial erwünschte Antworttendenzen reduziert), wurde dieselbe Aussage in einer bundesweiten Bevölkerungsumfrage eingesetzt, lediglich (wie in der *Rucht*-Untersuchung) dadurch von unserer Fassung verschieden, dass bei den Antworten

49 Vgl. *Dieter Rucht* u.a., a.a.O. (Fn. 6). Personen mit ambivalenten Einstellungen und Meinungslose tendieren zur Mittelkategorie. Wie aus Untersuchungen zur Gruppe der Unentschiedenen und Meinungslosen bekannt ist, verbergen sich dahinter Personen, die tatsächlich meinungslos sind wie auch solche, die ihre Meinung nicht äußern wollen. Drängt man sie zur Abgabe einer Meinung, entscheiden sie sich für eine der Antwortoptionen. Im Fall sozialer Erwünschtheit als Grund führt dies in überproportionaler Weise zum Bekenntnis der eigenen Position (etwa zugunsten einer Befürwortung der Todesstrafe). In anderen Fällen werden die üblichen Antwortmuster reproduziert oder eher zufällig geantwortet (vgl. *Karl-Heinz Reuband*, Meinungslosigkeit im Interview. Erscheinungsformen und Folgen unterschiedlicher Befragungsstrategien, in: *Zeitschrift für Soziologie*, 19. Jg. (1990), H. 6, S. 428 – 443; *ders.*, Auswirkungen des Erhebungsverfahrens auf die Beurteilung der Todesstrafe in allgemeinen Bevölkerungsbefragungen, in: *André Kuhn | Pierre Margot | Marcelo F. Aebi | Christian Schwarzenegger | Andreas Donatsch | Daniel Jositsch* (Hrsg.), *Kriminologie, Kriminalpolitik und Strafrecht aus internationaler Perspektive*. Festschrift für Martin Killias zum 65. Geburtstag, Bern 2013, S. 359 – 375).

50 Vgl. *Oliver Decker | Johannes Kiess | Elmar Brähler*, *Rechtsextremismus der Mitte*, Gießen 2015, S. 30.

noch eine Mittelkategorie – „teils-teils“ – vorgegeben war.⁵¹ Sieben Prozent der Befragten stimmten „voll und ganz“ oder „überwiegend“ zu, 18 Prozent stimmten „teils zu, teils nicht zu“. Je nachdem, ob man die Hälfte der „teils-teils“-Antworten oder den ganzen Anteil den zustimmenden Aussagen hinzurechnet, kommt man auf einen Anteil von 16 oder 25 Prozent. Er liegt (erwartungsgemäß) niedriger als unter den Pegida-Anhängern. Doch insgesamt handelt es sich um relativ geringe Differenzen – von acht bis 16 Prozentpunkten. Würde man die ostdeutschen Befragten als Maßstab wählen, wären die Differenzen noch geringer.

Als Indikator für eine Anfälligkeit für autoritäre Bewegungen kann – wie in der Literatur geschehen – eine weitere Frage unserer Studie angesehen werden: „Wir sollten dankbar sein für führende Persönlichkeiten, die uns genau sagen können, was wir tun sollen“. Diese Aussage, die in ähnlicher Form in den „Mitte“-Studien enthalten ist („... dankbar sein für führende Köpfe ...“), macht die Unterwerfung des eigenen Urteils unter eine höhere Personeninstanz zum Thema. Sie repräsentiert im extremen Fall⁵² die Sehnsucht nach einem „Führer“ – und bildet damit zugleich ein Potential für demokratiefeindliche Orientierungen ab. Decker und Koautoren subsumieren dieses Statement unter den Begriff der „autoritären Unterwerfung“ und verstehen es als Bestandteil rechtspopulistischer Orientierungen.⁵³

Unter den befragten Pegida-Anhängern in unserer Untersuchung bejahten 17 Prozent die Aussage, entweder indem sie ihr (zwei Prozent) „voll und ganz“ oder „eher“ (15 Prozent) zustimmten. In der „Mitte“-Studie sind es (im Jahr 2014) 20 bis 24 Prozent, die sich so äußern (je nachdem, ob man auch die teils-teils-Aussagen zur Hälfte oder ganz der Zustimmung hinzurechnet). Daran gemessen sind die Pegida-Anhänger nicht stärker, sondern im Gegenteil sogar weniger anfällig für eine derartige Orientierung. Von grundlegenden Unterschieden zwischen ihnen und der Bevölkerung kann also auch nach diesen Befunden nicht gesprochen werden.

Diese geringen Unterschiede sind erklärungsbedürftig. Könnte es sein, dass der härtere Kern der Pegida-Teilnehmer – diejenigen, die regelmäßig zu den Veranstaltungen gehen – unzureichend erfasst wurde? Dass dies ein Grund sein könnte, ist zu bezweifeln. Zum einen setzten sich die Teilnehmer in beträchtlicher Zahl aus dem Kreis der häufigen Besucher zusammen: Durchschnittlich waren sie in unserer Erhebung bislang 21-mal zu Pegida-

51 Der methodische Vorteil dieser Studie ist, dass – ähnlich wie in unserer Erhebung – der Fragebogen schriftlich beantwortet wurde (durch Vorlage eines schriftlichen Befragungsteils im Interview). Damit sind soziale Erwünschtheitseffekte, wie sie in persönlichen oder telefonischen Kontaktsituationen üblicherweise zur Geltung kommen können, minimiert.

52 Dass die Zustimmung eine Sehnsucht nach einem „Führer“ beinhaltet, ist natürlich mit Einschränkungen zu versehen. Wertet man die Aussage ausschließlich als politisch, mag dies sein. Doch ist ebenso denkbar, dass andere Befragte hier vor allem an philosophische oder sonstige geistig intellektuell hochstehende Persönlichkeiten denken. Insofern sollte man eine Bejahung nicht überinterpretieren.

53 Die Antworten auf diese Fragestellung sind im vorliegenden Fall aber auch noch aus einer anderen Perspektive von Interesse: *Lutz Bachmann* spielte eine zentrale Rolle in der Organisation und dem Ablauf der Kundgebungen. Er ist unter anderem wegen Einbruchsdelikten mehrfach verurteilt, stellt aus dieser Sicht alles andere als die Verkörperung einer „Law and Order Orientierung“ dar. Dennoch wird er von nicht wenigen Pegida-Anhängern als jemand angesehen, der sich zwischenzeitlich bewährt und die Phase der Devianz hinter sich gelassen hat. Wenn trotz der kriminellen Vorgeschichte jeden Monat derart viele Menschen sich einfinden wie bei Pegida, könnte man die Frage stellen, ob sich nicht dahinter eine Art geheime Sehnsucht nach einem Führer ausdrückt (auch wenn entsprechende, öffentliche Akklamationen fehlen).

Kundgebungen gegangen. Zum anderen erbringt die Analyse, dass die Häufigkeit der Teilnahme weder einen Effekt auf die Demokratievorstellungen (vgl. Tabelle 3) noch auf die Einstellung zur Diktatur oder die Einschätzung „führender Persönlichkeiten“ ausübt. Auch macht es keinen Unterschied, ob die Teilnehmer aus Dresden oder von außerhalb Dresdens kamen.

Tabelle 3: *Demokratieorientierung der Pegida-Teilnehmer in Abhängigkeit von der Häufigkeit der Teilnahme an Pegida-Kundgebungen, Ortsansässigkeit und sozialen Merkmalen (standardisierte Koeffizienten der OLS-Regressionsanalyse)*

Häufigkeit der Teilnahme	.03
Wohnort Dresden	.01
Bildung	.17***
Alter	-.09*
Geschlecht	-.09*
R ²	.05

Anmerkung: *p<0,05; ***<0,001.

Frageformulierung zur Häufigkeit der Teilnahme: „Zum wievielten Male nehmen Sie an einer Pegida-Kundgebung in Dresden teil?“ [Offene Frage].

Was Einfluss nimmt, sind die sozialen Merkmale – und zwar ähnlich wie in der Analyse, die sich auf die Bevölkerung Dresdens bezog: Danach bejahten besser Gebildete und Jüngere eher die demokratischen Werte, während sich Frauen eher für die (sozialistisch geprägten) Werte aussprachen. Analysen, die sich auf die anderen beiden Aussagen beziehen, zeigen beim Einfluss der sozialen Merkmale etwas andere Akzentuierungen – die Werte sind durchgängig schwächer und nicht signifikant – in der hier interessierenden Frage nach dem Einfluss von Kundgebungshäufigkeit und Wohnort jedoch ergeben sich ebenfalls keine statistisch signifikanten Effekte.

5. Fazit: *graduelle, keine grundsätzlichen Unterschiede in den Demokratievorstellungen*

Die Mehrheit der Pegida-Anhänger stimmt verschiedenen Befragungen zufolge der Idee oder der Institution der Demokratie zu und unterscheidet sich in dieser Hinsicht nicht grundlegend von der Bevölkerung. Wie unsere Untersuchung unter Rekurs auf repräsentative Bevölkerungsbefragungen in Dresden und Düsseldorf gezeigt hat, spricht nichts dafür, dass diese Ähnlichkeit Folge eines grundlegend andersgearteten Begriffsverständnisses von „Demokratie“ ist. Es gibt zwar etwas andere Akzentuierungen, aber alles in allem überwiegen die Gemeinsamkeiten.

Hinweise dafür, dass sich in Dresden ein anderes Demokratieverständnis herausgebildet hat, das den Pegida-Protest erklären könnte, gibt es nicht. Die These vom Westfernsehen als prägendes Element hat sich als hinfällig erwiesen. Auch andere Erklärungen aus Dresdner Besonderheiten heraus überzeugen nicht.⁵⁴ Vermutlich ist weitaus entscheidender, dass die

⁵⁴ So wird zum Beispiel – zu Recht oder Unrecht – auf die Politische Kultur der Stadt verwiesen, auf einen (schon zu DDR- Zeiten) größeren Widerstandswillen gegenüber politischen Entscheidungen, auf zu geringe Gegenproteste in der Frühphase der Pegida-Entstehung. Manche Autoren glauben auch, dass die Fremdenfeindlichkeit in Dresden besonders weit verbreitet sei und Pegida

Gründer und Organisatoren aus der Umgebung Dresdens stammen und es daher für sie naheliegend war, den Protest dort zu veranstalten. Dass Dresden die Landeshauptstadt ist und große öffentliche Aufmerksamkeit garantiert, dürfte ein weiteres Argument gewesen sein. Die Teilnehmer mit den Dresdnern gleichzusetzen, wie allzu oft geschehen, ist ohnehin irreführend: Die Zahl der Dresdner bei den Pegida-Protesten beläuft sich gewöhnlich auf die Hälfte der Teilnehmer, bei Großveranstaltungen liegt ihr Anteil in der Regel darunter.⁵⁵

Natürlich ist zu fragen, inwieweit Selektionsprozesse auf Seiten der Pegida-Befragten zum Befund einer geringen Differenz zur Mehrheitsbevölkerung mit beigetragen haben. Tatsächlich gibt es Hinweise dafür, dass sich Jüngere und Personen, die von ihrem Erscheinungsbild eher rechtsextrem wirken, überproportional der Befragung entzogen.⁵⁶ Ob der Ausfall jedoch groß genug ist, um das Erscheinungsbild der Pegida-Anhänger nachhaltig zu verzerren, ist zu bezweifeln. Das Ausmaß an Demokratiefindlichkeit wird zwar vermutlich unterschätzt, aber doch nicht so sehr, dass ein grundlegend anderes Bild entstünde.

Des Weiteren stellt sich die Frage nach der Aussagekraft der gewählten Indikatoren. Untersucht wurde das formale Demokratieverständnis. Andere Aspekte mit konkretem Demokratiebezug blieben außerhalb der Betrachtung – von der Einstellung zur Diktatur und „führenden Persönlichkeiten“ abgesehen. Denkbar ist, dass sich das Bild ändern würde, wenn man andere demokratische Werte – von Fragen der Toleranz bis hin zum Minderheitenschutz – zum Thema machte. Wahrscheinlicher aber ist, dass die Unterschiede – zumindest auf der abstrakten Ebene⁵⁷ – so groß nicht sind, und dass das Aufbegehren weniger in andersgearteten Demokratievorstellungen, sondern in einer anderen Wahrnehmung sozialer Realitäten zu suchen ist. Dann wäre der Protest die Folge einer „Repräsentationslücke“⁵⁸, einer Kluft zwischen den Erwartungen und der praktizierten Politik, insbesondere der Asyl- und Flüchtlingspolitik. In der Tat äußerten sich die Befragten in den verschiedenen Pegida-Untersuchungen – so auch in unserer Studie – in dieser Frage äußerst kritisch und pessimistisch: Sie meinten nicht nur, dass Deutschland die vielen Flüchtlinge „nicht verkraften

deshalb hier entstand. Letztere These hält empirischen Prüfungen, zumindest auf der Einstellungsebene, nicht stand (vgl. *Karl-Heinz Reuband*, a.a.O. (Fn. 26)).

55 Vgl. *ders.*, Außenseiter oder Repräsentanten der Mehrheit? Selbst- und Fremdwahrnehmung der Teilnehmer von Pegida-Kundgebungen, in: *Karl-Siegbert Rehberg | Franziska Kunz | Tino Schlinzig* (Hrsg.), PEGIDA – Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und „Wende“-Enttäuschung? Forschungen, Deutungen und Ausblicke, Bielefeld 2016, S. 165 – 187.

56 Dass es einen solchen Selektionsprozess gab, darauf verweisen die Feldberichte der Interviewer, besonders im Fall der zweiten Erhebungswelle. Ein weiterer Selektionsprozess setzt nach Erhalt des Fragebogens an. Welche Personen ihn ausfüllen und welche nicht, ist unbekannt. Vergleicht man die Zusammensetzung der Befragten mit der Zusammensetzung derer, die den Fragebogen annahmen, so ergeben sich Hinweise auf eine überproportionale Beteiligung Älterer (*Karl-Heinz Reuband*, a.a.O. (Fn. 25)). Ob dies jedoch das Bild maßgeblich beeinflusst, ist zweifelhaft. Der Alterseffekt in der Untersuchung legt nahe, dass eher Personen unterrepräsentiert sind, die auf der Demokratieskala die Demokratiewerte wählen. Insgesamt ist sogar denkbar, dass sich die Alterseffekte bei der Annahme des Fragebogens und bei dessen Beantwortung ausgleichen.

57 Auf der abstrakten Ebene demokratische Werte zu bejahen, ist etwas anderes, als diese in konkrete Formen zu überführen. Dann gibt es unterschiedliche Auslegungsmöglichkeiten. Inwieweit hier Unterschiede bestehen, ist nicht bekannt.

58 *Werner J. Patzelt*, a.a.O. (Fn. 7).

kann“, sondern sie sahen aus dem Zuzug auch nur Nachteile und keine Vorteile erwachsen. Und sie empfanden den Islam als eine grundlegende Bedrohung.⁵⁹

Ob die Wahrnehmungen zu Recht oder Unrecht bestehen, ist eine andere Frage. Entscheidender ist an dieser Stelle, was einst *William I. Thomas* (1928) in seinem „Thomas-Theorem“ ausdrückte: Wenn Menschen eine Situation als real definieren – egal ob sie real ist oder nicht –, ist sie real in ihren Konsequenzen.⁶⁰ Das Urteil der Pegida-Teilnehmer über die Politik fällt angesichts der wahrgenommenen Defizite entsprechend negativ aus und begründet maßgeblich ihre Protestbereitschaft: Lediglich zwei Prozent der von uns Befragten sind mit der Arbeit der Bundesregierung zufrieden, und lediglich sieben Prozent mit dem Funktionieren der Demokratie heutzutage in Deutschland. Die Unzufriedenheit betrifft nicht die Demokratie als Prinzip, sondern die wahrgenommene Praxis.

59 Vgl. *Karl-Heinz Reuband*, Die Dynamik des Pegida-Protests. Der Einfluss von Ereignissen und bewegungsspezifischer Mobilisierung auf Teilnehmerzahlen und Teilnehmerzusammensetzung, in: Mitteilungen des Instituts für Parteienrecht und Parteienforschung, 23. Jg. (2017), S. 112 – 130.

60 Vgl. *William I. Thomas*, Person und Sozialverhalten, Neuwied 1965 [1928].